

Vorlage Nr.: 2025/0330/2

Eingang: 13.10.2025

**Generalpachtvertrag und Zusatzvereinbarung mit der Bahn-Landwirtschaft für die Kleingartenanlage Stuttgarter Straße: Lauben in der Stuttgarter Straße  
Ergänzungsantrag: FÜR**

| Gremien                    | Termin     | TOP  | Ö / N | Zuständigkeit |
|----------------------------|------------|------|-------|---------------|
| Haupt- und Finanzausschuss | 09.11.2025 | 26.1 | N     | Vorberatung   |
| Gemeinderat                | 22.12.2025 | 10.1 | Ö     | Entscheidung  |

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Frühere Pächterinnen und Pächter der Kleingartenanlagen an der Stuttgarter Straße sowie ehemalige Bewohnerinnen und Bewohner der Südstadt sollen bei der Neuvergabe der Parzellen bevorzugt berücksichtigt werden.
2. Für diese Personengruppen sollen vereinfachte und sozialverträgliche Bedingungen gelten. Insbesondere ist sicherzustellen, dass sie die Möglichkeit erhalten, eine einfache, funktionale Gartenlaube nach standardisierten, kostengünstigen Vorgaben zu errichten oder zu erwerben – anstelle der bislang vorgesehenen, teuren Musterlauben.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Bahn-Landwirtschaft und den zuständigen Kleingartenvereinen ein Konzept zu erarbeiten, das eine Gesamtkostenobergrenze (Erschließung + Laube) von maximal 10.000 Euro pro Parzelle für diese Personengruppen vorsieht.
4. Zudem ist zu prüfen, inwieweit die Stadt Karlsruhe bzw. die Bahn-Landwirtschaft einen angemessenen Anteil der Erschließungskosten übernehmen kann, um eine sozial gerechte Lösung sicherzustellen.

## Begründung

Die geplante Neuvergabe der Kleingärten an der Stuttgarter Straße hat zu erheblichem Unmut unter den bisherigen Pächterinnen und Pächtern geführt. Diese hatten ihre Mitgliedschaften und Beiträge vielfach fortgeführt, weil ihnen zugesichert wurde, dass sie nach der Neugestaltung bevorzugt wieder Parzellen erhalten können.

Die nun veranschlagten Kosten von bis zu 19.000 Euro pro Parzelle – bestehend aus rund 8.500 Euro Erschließungskosten und bis zu 10.000 Euro für eine standardisierte Laube – sind für viele der bisherigen Nutzerinnen und Nutzer nicht tragbar. Damit droht der Verlust des eigentlichen Charakters der Kleingartenanlagen: Sie waren immer Orte der Erholung, des sozialen Miteinanders und der Naturpflege, zugänglich auch für Familien, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit geringerem Einkommen.

Die aktuelle Planung konterkariert dieses Ziel und führt zu einer sozialen Entmischung. Zudem untergräbt sie das Vertrauen in die städtischen Zusagen, die im Zuge des Abrisses und der Neuplanung gegeben wurden. Um eine gerechte und glaubwürdige Lösung zu schaffen, muss die Stadt ihrem Wort nachkommen und die Rückkehr der früheren Pächterinnen und Pächter zu realistischen und bezahlbaren Konditionen ermöglichen. Eine einfachere Laubenlösung und eine sozial ausgewogene Kostenverteilung sind dafür unabdingbar. Nur so kann der Charakter der Kleingartenanlagen als Ort der Begegnung, Integration und Naherholung in der Südstadt erhalten bleiben.

Unterzeichnet:  
Friedemann Kalmbach